



NIEDERSACHSEN VORWÄRTS

JUNI 2011 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

es ist an der Zeit, dass das Land Niedersachsen beim Kampf gegen Lohn-Dumping mit gutem Beispiel vorangeht. Deshalb fordern wir als SPD ein Tariftreuegesetz: Öffentlichen Aufträge sollen zukünftig nur an Unternehmen vergeben werden, die sich dazu verpflichten, ihre Beschäftigten nach geltenden Tarifverträgen zu bezahlen. Für Beschäftigte in Branchen ohne tarifliche Regelung müssen sich Auftragnehmer zur Zahlung eines Mindestlohnes von 8,50 Euro verpflichten. Wer seinen Beschäftigten Hungerlöhne zahlt, darf nicht auch noch durch Aufträge der öffentlichen Hand belohnt werden! Es ist gut, dass Stefan Schostok und die Landtagsfraktion einen entsprechenden Antrag in den Landtag gebracht haben. Und es ist ein gutes Zeichen, dass wir bei dieser Initiative vom DGB unterstützt werden. Unterstützung für bessere Arbeitsbedingungen von Seiten dieser Landesregierung ist allerdings nicht zu erwarten.

Euer

Olaf Lies
Landesvorsitzender

SICHERHEIT NICHT GEGEN BÜRGERRECHTE AUSSPIELEN

Von Sebastian Edathy MdB und Grant Hendrik Tonne MdB

Die kürzlich erfolgte Festnahme mutmaßlicher islamistischer Terroristen in Nordrhein-Westfalen hat die Debatte um die Sicherheitsgesetze des Bundes neu entfacht, bereits seit Monaten gibt es innerhalb der Bundesregierung zusätzlich Streit um die so genannte Vorratsdatenspeicherung. Außerdem müssen nach dem jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgerichtes die Regelungen zur Sicherungsverwahrung grundsätzlich überarbeitet werden. Sebastian Edathy und Grant Hendrik Tonne erläutern die Positionen der SPD hierzu.

Vor allem mittels Überwachung von Bankdaten habe man den Aktivitäten der Gruppe nachgehen und so die von ihr ausgehende Gefahr erkennen können, hieß es aus Behördenkreisen mit Blick auf die Terrorverdächtigen aus NRW. Bundesinnenminister Friedrich (CSU) erklärte daraufhin die Anti-Terror-Gesetze uneingeschränkt zum bewährten Instrument und strebt nun eine pauschale Verlängerung der teilweise befristeten Regelungen durch den Bundestag an. Das Problem hierbei ist, dass dem Parlament bisher keine objektiven Bewertungen der Wirksamkeit dieser Instrumente vorliegen. So genannte Evaluierungsberichte, jeweils vom Innen- und vom Justizministerium veranlasst, kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen bezüglich der Notwendigkeit einer Verlängerung in der geltenden Form.

Evaluierung von Sicherheits- gesetzen

Eine aussagekräftige unabhängige Evaluierung, wie sie die SPD und auch der Bundesdatenschutzbeauftragte fordern, steht bisher aus. Die SPD-Bundestagsfraktion, die in den vergangenen Legislaturperioden die in Rede stehenden Gesetze mitgetragen und ihre Befristung durchgesetzt hat, tritt für eine umfassende Auswertung ein. Grundrechtseingriffe benötigen tragfähige Begründungen. Welche Maßnahmen haben sich als effektiv für



Rundum-Überwachung?

Foto: Shutterstock

die Stärkung der Sicherheit erwiesen, welche als unnötig? Für uns als Sozialdemokraten ist unzweifelhaft, dass die Gewährleistung von Sicherheit nicht gegen die Achtung der Bürgerrechte ausgespielt werden darf. Gleichzeitig wurden laut Angaben der Sicherheitsbehörden in den letzten Jahren immer wieder terroristische Anschläge in Deutschland auch und gerade mit Hilfe der Sicherheitsgesetze verhindert. Um diese Angaben zu bestätigen sowie das tatsächliche Ausmaß des Eingriffes in die Grundrechte, z.B. durch erfolgte Daten-Erhebungen und eingeleitete Ermittlungen einordnen zu können, bedarf es einer gründlichen Kontrolle. Gerade aufgrund der Skepsis vieler Kritiker der Maßnahmen muss vor einer möglicherweise sinnvollen Abschaffung, Änderung bzw. Verlängerung dieser Gesetze Klarheit über ihren Nutzen für die öffentliche Sicherheit herrschen. Dabei muss klar sein, dass die Bewertung der Maßnahmen nicht durch die Sicherheitsbehörden selbst erfolgen darf.

Die Evaluierung an sich ist in den meisten Sicherheitsgesetzen schon immer vorgesehen worden, wurde bisher aber von der Exekutive nicht entsprechend vor-

Fortsetzung auf Seite 2

Im Niedersachsen-vorwärts:
»TiL – Themen im Landtag«
(Mittelteil Seiten 1–4)



Sebastian Edathy MdB,
Mitglied im Rechtsausschuss



Grant Hendrik Tonne MdL,
Mitglied im Ausschuss
für Rechts- und Verfassungs-
fragen

Fortsetzung von Seite 1

angebracht. Es ist nun Aufgabe der Bundesregierung, diesen Zustand zu beenden. Das Eingehen auf die Forderungen der Opposition im Bundestag wäre ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Reform der Sicherungsverwahrung

Am 17. Dezember 2009 urteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dass die in Deutschland praktizierte Form der Sicherungsverwahrung gegen europäische Grundrechte verstoße. Der Niedersächsische Justizminister Busemann ließ danach keine Gelegenheit aus, um mittels Stammtischparolen zu verkünden, er lasse keinen »raus« und das Bundesverfassungsgericht werde schon in seinem Sinne entscheiden. In diesem Monat aber erklärte auch das Bundesverfassungsgericht die Sicherungsverwahrung für verfassungswidrig. Im Kern begründet das Urteil die Verfassungswidrigkeit der geltenden Ausgestaltung mit der unzureichenden Trennung von Haftstrafe und Verwahrung. Während die Haftstrafe als Sanktion für begangenes Unrecht anzusehen ist, dient die anschließende stationäre Unterbringung ausschließlich dem Schutz der Bevölkerung vor akut rückfallgefährdeten Gewaltverbrechern. Die Umstände der Sicherungsverwahrung unterscheiden sich in der Regel jedoch kaum von denen der Haftstrafe, mancherorts sitzen die Betroffenen nach dem eigentlichen Haftende einfach auf unbestimmte Zeit weiter

in ihren Zellen. Vor allem das unzureichende Therapie-Angebot für die Verwahrten ist problematisch. Will man sich der Gefahr erwehren, die von psychisch gestörten, potentiellen Wiederholungstätern ausgeht, ist eine Reform von Form und Ausgestaltung der Sicherungsverwahrung unabdingbar. Die SPD-Bundestagsfraktion ist bezüglich der Beratung eines entsprechenden Gesetzentwurfes gegenüber der Regierungskoalition gesprächsbereit. Unzweifelhaft gilt: Die Sicherungsverwahrung muss die Ultima Ratio bleiben.

Schallende Ohrfeige für Busemann

Für Niedersachsen bedeutet die Entscheidung, dass ein komplett neues Konzept für den Vollzug der Sicherungsverwahrung erstellt werden muss. Die Ansage der Verfassungshüter lautet: die Sicherungsverwahrung muss auf die Wiedererlangung der Freiheit der Sicherungsverwahrten ausgerichtet werden. Eine schallende Ohrfeige für Minister Busemann, der den Rechtsstaat eigentlich sichern und wahren sollte. Die Richter mussten für den Niedersächsischen Justizminister die Waage der Gerechtigkeit gerade rücken. Wir brauchen eine zügige Entscheidung, wo in Zukunft die Sicherungsverwahrten untergebracht werden sollen und vor allem, wie die vom Gericht geforderte umfassende, modernen wissenschaftlichen Anforderungen entsprechende Therapie aussehen soll. Mehr Therapie, mehr Personal und mehr Aus- und Fortbildung sind konkrete Anforderun-

gen des Gerichts. Der beste Schutz der Bevölkerung ist eben eine erfolgreiche Therapie von Straftätern. Gerade diesen Aspekt vernachlässigt Niedersachsen und damit muss Schluss sein.

Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber den Populismus ausgetrieben, es hat dem Rechtsstaat zum Recht verholfen und das ist auch gut so.

Hohe Hürden für die Vorratsdatenspeicherung

Auch in der Frage der zukünftigen Regelung der Vorratsdatenspeicherung bedurfte es eines Urteils des Verfassungsgerichtes, um allen Beteiligten klarzumachen, dass der ursprünglich eingeschlagene Weg ein schlichter Verstoß gegen unsere Grundrechte darstellt. Die SPD-Landtagsfraktion stellt sich der Herausforderung nach Wahrung der Freiheitsrechte auf der einen Seite und Gewährleistung einer vernünftigen Strafverfolgung. In einem Entschließungsantrag wird vorgeschlagen, zwischen einer Speicherung von IP-Adressen und der Speicherung von Kommunikationsdaten zu differenzieren. Im ersten Fall sollen die Daten 90 Tage gespeichert werden, im zweiten Fall lediglich sieben Tage. Ein abschließender Straftatenkatalog, ein Richtervorbehalt und eine verstärkte personelle und sachliche Ausstattung der Ermittlungsbehörden gehören genauso dazu. In beiden Fällen ist eine nüchterne und sachorientierte Debatte nötig und lohnenswert. ■

»NETZLAND NIEDERSACHSEN«

Netzpolitisches Programm der SPD Niedersachsen vorgestellt



v.l.n.r. Valentina Kerst, Rainer Strang, Lars Klingbeil MdB, Christoph Matteredne, Dennis Morhardt, Dirk Kirchberg, Martin Kreiensen

Am Freitag, 6. Mai, trafen sich Mitglieder des Forums »Demokratie und Partizipation im Internet« unter der Leitung von Lars Klingbeil MdB im Landtag, um gemeinsam den Entwurf eines netzpolitischen Programms der niedersächsischen SPD zu diskutieren, welcher am 28. Mai auf dem Landesparteitag in Wolfsburg beschlossen werden soll.

Netzpolitik beschreibt das Politikfeld rund um das Internet und die digitale Gesellschaft, denn sie ist Querschnittsthema und betrifft sowohl technische als auch gesellschaftliche Fragen wie Bildung, Kultur und politische Partizipation. Auch die Wirtschaft spielt in diesem Kontext eine wichtige Rolle. Dabei soll »Netzland Niedersachsen« der erste Aufschlag

für eine progressive Netzpolitik in Niedersachsen sein und das Land nach 2013 digital fit machen.

Kernaussagen des Papiers sind die Chancen und Herausforderungen, welche uns die »digitale Revolution« eröffnet. Eine davon ist die digitale Teilhabe, dazu gehört neben einem flächendeckenden Breitbandausbau auch Medienkompetenz, egal ob für jung oder alt. Notwendig ist des Weiteren die Förderung der digitalen Wirtschaft, neben den neuen Energien einer der Zukunftsmärkte. Niedersachsen darf außerdem in der Forschung und Lehre den digitalen Anschluss nicht verpassen. Gefordert wird ansonsten eine stärkere Bürgerbeteiligung durch digitale Petitionen und Live-Streams aus dem Niedersächsischen Landtag. ■ Dennis Morhardt

»Netzland Niedersachsen« kann unter <http://spmlink.de/netzland> gelesen und kommentiert werden.

DAS VOLKSBEGEHREN LÄUFT BIS DEZEMBER 2011

Staatsgerichtshof hebt die vom Landeswahlleiter gesetzte Frist auf

Vom Dr. Dieter Galas

In ihren Rechtsstreitigkeiten mit der Landesregierung und dem Landeswahlleiter haben die Initiatoren des »Volksbegehrens für gute Schulen in Niedersachsen« einen ersten Erfolg verbucht. Der Niedersächsische Staatsgerichtshof hat die Entscheidung des Landeswahlleiters aufgehoben, mit der das Ende der Einreichungsfrist für Unterschriftenbögen auf den 2. Mai 2011 festgesetzt worden war. Die Gemeinden sind vom Landeswahlleiter inzwischen darüber informiert worden, dass sie bis auf weiteres Unterschriftenbögen anzunehmen und zu prüfen haben.

Der Beschluss des Bückeburger Gerichts hängt eng mit dem Streit um die Zulässigkeit des Volksbegehrens zusammen. Die Landesregierung hatte im Herbst 2010 das Volksbegehren nur mit einer Einschränkung für zulässig erklärt, wogegen die Initiatoren den für solche Streitigkeiten zuständigen Staatsgerichtshof angerufen hatten. In der am 2. Mai 2011 ergangenen Entscheidung des Gerichts wird ausgeführt, dass die gesetzlich bestimmte Halbjahresfrist für das Einreichen von Unterschriftenbögen erst zu laufen beginnt, wenn eine unanfechtbare Entscheidung über die Zulässigkeit des Volksbegehrens vorliegt. Eine andere Auslegung hätte zur Folge, dass die Initiatoren ein Volksbegehren verfolgen und dafür werben müssten, das von ihnen nicht gewollt ist, sondern von der Landesregierung formuliert wurde. Diese hatte eine Änderung des von den Initiatoren vorgelegten Gesetzentwurfs verlangt, der die Fortführung der Vollen Halbtagschulen betrifft. Die Forderungen, das Abitur grundsätzlich nach 13 Schuljahren zu vergeben und die Errichtung von Gesamtschulen zu erleichtern, waren unbeanstandet geblieben. Insbesondere mit der Forderung, die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur durch Volksentscheid wieder rückgängig zu machen, hatten die Sammlerinnen und Sammler von Unterschriften großen Anklang gefunden. Nach einer Anfang Mai von Infratest Dimap durchgeführten Umfrage hat sich eine deutliche Mehrheit von 73 Prozent der befragten volljährigen Niedersachsen für ein Abitur wieder nach 13 Schuljahren ausgesprochen.

Eine unanfechtbare Entscheidung über die Zulässigkeit des Volksbegehrens wird es nicht vor dem 1. Juli 2011 geben.



Theatergruppe der IGS Langenhagen bei einem Straßentheater zur Unterstützung des Volksbegehrens

Foto: Andrea Hesse

Zu diesem Termin hat der Staatsgerichtshof eine mündliche Verhandlung über den Antrag der Initiatoren angekündigt, das Volksbegehren uneingeschränkt für zulässig zu erklären. Entscheiden die neun Bückeburger Richterinnen und Richter am selben Tag, können auf jeden Fall noch bis zum 31.12.2011 Unterschriften gesammelt und bei den zuständigen Gemeinden eingereicht werden. Die Initiatoren wollen die gewonnene Zeit nutzen, die Zahl der gültigen Unterschriften von derzeit knapp 230.000 noch einmal deutlich zu erhöhen. Sie verweisen darauf, dass die von der Niedersächsischen Verfassung für ein erfolgreiches Volksbegehren vorgeschriebene Zahl von zehn Prozent der Wahlberechtigten durchaus erreicht werden kann. Im Wahlkreis Langenhagen/Isernhagen/Burgwedel haben bisher knapp 14 Prozent der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger das Volksbegehren unterschrieben. Die Zehn-Prozent-Marke ist auch im Wahlkreis Garbsen/Wedemark sowie in der Landeshauptstadt Hannover überschritten worden. Spitzenreiter ist die Samtgemeinde Bothel im Landkreis Rotenburg, wo sich mehr als 30 Prozent der Wahlberechtigten in die Unterschriftenlisten eingetragen haben.

Für die Ziele des Volksbegehrens wollen die Initiatoren insbesondere im

bevorstehenden Kommunalwahlkampf werben und Unterschriften sammeln. Sie verweisen darauf, dass die Beseitigung der Errichtungshürden für neue Gesamtschulen ein Thema ist, das in letzter Zeit eine große Rolle in den Landkreisen und Kommunen gespielt hat. Die Senkung der willkürlich festgesetzten Mindestgröße von fünf parallelen Klassen pro Schuljahrgang wird auch von den kommunalen Spitzenverbänden gefordert; verlangt wird eine größere Flexibilität für die Schulträger bei der Neuordnung der Schullandschaften. ■

SPENDENKONTO

Wenn Sie das Volksbegehren mit einer Spende unterstützen möchten:

Das Spendenkonto des Volksbegehrens:
Bündnis Schulen
Konto 923 028,
Sparda-Bank Hannover
BLZ 250 905 00

WEITERE INFORMATIONEN UNTER:

www.volksbegehren-schulen.de

Impressum

Herausgeber:
SPD Niedersachsen
Verantwortlich: Michael Rüter
Redaktion: Remmer Hein,
Christoph Matterede,
Lothar Pollähne,
Sebastian Schumacher
Anschrift: Odeonstraße 15/16,
30159 Hannover
E-Mail: lopovorwaerts@gmx.de
Layout & Satz: Anette Gilke
mail@AnetteGilke.de

»DIE GRÖSSTE KRISE DER SPD IST EINE KONSTANTE«

Von Sebastian Schumacher

Das klassische SPD-Milieu ist geschrumpft, die Modernisierung der Gesellschaft hat die Sozialdemokratie nicht ausreichend nachvollzogen und den »neuen Milieus« keine überzeugenden Angebote gemacht. Mit diesen Thesen eröffnete Dr. Daniel Gardemin das Forum »Neue Gesellschaft« und forderte so eine offene und kritische Diskussion über den Zustand und über die Zukunft der SPD heraus.

»Wir verstecken uns. Wir haben zu wenig Mut, von einem Neuanfang merke ich nichts!«, brach es aus einem Genossen heraus. »In den Betrieben gibt es eine schwelende Aggression gegen die SPD« berichtete eine andere Genossin, »die SPD ist eine Paper-Party – für jedes Thema gibt es ein Papier. Leider fehlt häufig

die nötige Tiefe«, stellte ein dritter Genosse trocken fest. Drei Beiträge unter vielen an diesem Maiabend im Niedersächsischen Landtag zu Hannover. Rund 30 Gäste waren dorthin gekommen, um an einer Veranstaltung des Forums »Neue Gesellschaft« des SPD-Landesverbandes Niedersachsen teilzunehmen, um unter der Überschrift »Politik – für wen und mit wem? Gesellschaftliche Milieus und Zielgruppen« zu diskutieren. Rückschau und Ausblick auf die SPD prägten diesen Abend.

»Den Wandel verwaltet«

Vor der Diskussion hatte der Soziologe Dr. Daniel Gardemin ausgeführt, dass die SPD zwischen der Bundestagswahl 1998 und der letzten Bundestagswahl 2009 rund zehn Millionen Wähler verloren hat. Die »Leihstimmen« von CDU- und FDP-Wählern seien aus Angst vor dem sozialen Abstieg wieder zurückgewandert, gleichzeitig habe die SPD in den »mittleren Arbeitnehmermilieus« an Rückhalt verloren. Als Grund führte Gardemin an: »Die SPD hat den gesellschaftlichen Wandel verwaltet und ihre Mitglieder und Wähler zu wenig ernst- und mitgenommen. Gesellschaft und SPD haben verschiedene Wege eingeschlagen«. Möglich, dass der Zuspruch, den Gardemin für seine Analyse erhielt, weitaus größer war, als er es selbst erwartet hatte. So sprach Dr. Stephan Klecha, Sozialwissenschaftler, SPD-Mitglied und von Forums-Sprecherin Gabriele Lösekrug-Möller als »Eisbrecher für die Diskussion« vorgestellt, von »programmatischen und strukturellen Defiziten« der SPD. Eine Ursache hierfür sei, dass die einstmalige Selbstverständ-



Dr. Stephan Klecha, Forums-Sprecherin Gabriele Lösekrug-Möller und Dr. Daniel Gardemin vor der Sitzung des Forums »Neue Gesellschaft«. Foto: Rainer Strang

lichkeit, mit der die SPD Stimmungen und Befindlichkeiten der Menschen über Betriebe und Vereine aufgenommen habe, längst nicht mehr Realität sei. Zuversicht zog Klecha aus der Geschichte, denn, »die größte Krise der SPD ist eine Konstante.«

Wähler binden und langfristige Projekte anstoßen

Die anschließende Diskussion, von allen Teilnehmern kritisch und konstruktiv geführt mit dem Ziel, der Sozialdemokratie Wasser unter den Bug zu spülen, schälte einige wichtige Erkenntnisse heraus: Die SPD muss ihre Wähler stärker an sich binden. Nicht der Zugewinn an neuen Wählern ist bei den letzten Wahlen problematisch gewesen, sondern, diese auch über eine Wahl hinaus zu halten. Dazu seien eine dauerhafte Partizipation der Wähler und Mitglieder und eine offene Diskussionskultur in der SPD – wie sie Gabriele Lösekrug-Möller an diesem Abend ausmachte – notwendig. Auch müsse die SPD langfristig angelegte Projekte verfolgen, sich nicht in zuviel Kleinklein verzetteln und ihre Kernkompetenzen in den Bereichen gerechte Arbeitsverhältnisse und soziale Gerechtigkeit betonen. Für die Außenwahrnehmung der SPD gab die Schülerin Denise einen Hinweis, der aufhorchen ließ: »Zu sehr in der Vergangenheit verhaftet« sei die SPD. Das hätten Diskussionen im Politikunterricht gezeigt. Wer das Forum »Neue Gesellschaft« besucht hat, weiß, wie ernst es der SPD damit ist, die Zukunft anzupacken. ■



Lebhafte Diskussion im Forum »Gegen Rechts« des SPD-Landesverbandes Niedersachsen zum Thema »Islamfeindlichkeit – eine Herausforderung für politische Bildung und Integration«. V.l.n.r.: Dr. Beate Küpper, Stefan Schostok, Melanie Walter, Alptekin Kirci, Sigrid Leuschner, Jessica Löser, Albrecht Metzger, Avni Altiner und Dr. Ali Ihsan Ünlü. Das Forum »Gegen Rechts« plant weitere Veranstaltungen zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Ursachen von Rechtsextremismus und der Entwicklung von Gegenmaßnahmen. Foto: Rainer Strang

STRATEGIEN UND WERKZEUGE

Rechtzeitig zur Kommunalwahl erscheint nun unser Praxisbuch für das politische Internet. Unter dem Titel »Strategien und Werkzeuge« ist es für den Wahlkampf im Internet konzipiert und ab sofort erhältlich. Das Praxisbuch erläutert euch, wie Online-Wahlkampf funktioniert. Welche Werkzeuge gibt es? Wie kann ich diese am besten für mich einsetzen? Wie führe ich den Online-Wahlkampf? Und vieles mehr... Umfang: 68 Seiten, mehrfarbig, DIN A 5 Querformat, klimaneutral gedruckt, Einzelpreis: 3,50 Euro.



Bestellung: Das Praxisbuch könnt ihr über unseren Webshop <http://shop.spdnds.de> direkt bestellen.



WEITERE INFOS?

Fotografiere diesen Code mit einem QR-Reader in deinem Smartphone und du wirst zur Infoseite geführt.

ZWEI LANDESVORSITZENDE – EIN BÜRGERBÜRO

Mehrheitsverhältnisse die Mut machen: In Weyhe, direkt am südlichen Bremer Stadtrand in Niedersachsen gelegen, arbeitet die Fraktion im Gemeinderat mit absoluter Mehrheit sehr engagiert und im engen Kontakt zu den Einwohnern. Zusammen mit dem OV haben sich die Genossen Anfang des Jahres entschlossen, den Kontakt zu ihrer Gemeinde noch weiter zu intensivieren. Das neue Bürgerbüro der Weyher SPD ist deshalb seit März einmal im Monat im Rahmen einer Bürgersprechstunde fester Anlaufpunkt in der Mitte der Gemeinde.

Die beiden SPD-Landesvorsitzenden Olaf Lies (Niedersachsen) und Andreas Bovenschulte (Bremen) waren in Weyhe zu Gast und zeigten sich sowohl von der guten Zusammenarbeit zwischen Weyhes SPD-Bürgermeister Frank Lemmermann und der Ratsfraktion, als auch vom Bürgerbüro und seiner zentralen Lage begeistert.



V.l.n.r.: Daniel Gräser, Astrid Schlegel, Olaf Lies, Margot Brozio, Frank Seidel, Herbert Goldack, Frank Lemmermann, Jürgen Borchers

Foto: privat

In gemeinsamen Diskussion mit dem OV-Vorsitzenden Herbert Goldack, dem Vorsitzenden der Ratsfraktion Frank Seidel und der UB-Vorsitzenden Astrid Schlegel sprach Olaf Lies den Genossen vor Ort aus der Seele. Nur ein Erhalt der

Gewerbsteuer und eine konsequente Umsetzung des Konnexitätsprinzips werden es den Gemeinden in Niedersachsen erlauben, in immer schwieriger werdenden Zeiten überhaupt noch Gestaltungsspielräume zu erhalten. ■

SPD HERRENHAUSEN-STÖCKEN EHRT 80-JÄHRIGE MITGLIEDSCHAFT



Im Vordergrund: Erich Backhaus; dahinter von links nach rechts: MdL Wolfgang Jüttner, Bezirksbürgermeisterin Heidi Stolzenwald, Ortsvereinsvorsitzender Marc Müller-de Buhr

Foto: SPD Herrenhausen-Stöcken

98 Jahre alt und seit 1930 in der SPD, damit seit 80 Jahren Mitglied – zu diesem feierlichen Anlass gratulierten Bezirksbürgermeisterin Heidi Stolzenwald, MdL Wolfgang Jüttner und der Vorsitzende der SPD Herrenhausen-Stöcken Marc Müller-de Buhr dem Jubilar Erich Backhaus ganz herzlich. »Das kommt nicht oft vor« meinte Wolfgang Jüttner beeindruckt, als er Erich Backhaus die Urkunde mit dem Wortlaut »Für die vielen Jahre treuer Mitarbeit bei der

Verwirklichung unserer gesellschaftlichen Ziele danken wir« überreichte und die Ehrennadel mit Diamant anheftete. Heidi Stolzenwald erinnerte daran, wie Friseurmeister Backhaus bis ins hohe Alter noch aktiv und ein fester Teilnehmer der Parteiveranstaltungen in Stöcken war, seinem Stadtteil, aus dem es ihn nie rausgezogen hat. Hier hatte er schon als Kind gelebt, später gearbeitet und wohnt noch immer in seinem eigenen Haus. ■

AUSKUNFT ÜBER LUISE N.

Wer wissen will, warum Luise Nordholt im Sommer 1984 mit ihrer Freundin Sophie Böhlendorf nach China reiste, muss eine Reise in beider Jugendzeit antreten. Aus einer Bremer Arbeiterfamilien stammend, stellen sie die Fragen lesender Arbeiterinnen, tauschen Bücher der Büchergilde Gutenberg aus und begeistern sich für Pearl S. Buck. Die hat China bereist und in ihrem 1931 auf Deutsch erschienenen Buch »Die gute Erde« ein Plädoyer für das Verständnis fremder Kulturen und eine Welt ohne Rassismus verfasst. Im selben Jahr wird Luise Nordholt Genossin und ist es bis heute geblieben. Während des Nazi-Terrors hat sie sich, manchmal an der Grenze des Erträglichen, für bedrängte Genossinnen und Genossen eingesetzt. Nach der Befreiung vom Faschismus hat sich Luise Nordholt vor allem in der AWO engagiert. Immer wieder haben Freunde und Verwandte gesagt: »Luise, schreib das doch mal auf«. Das hat sie gelegentlich auch getan, aber dann ist Tim Jesgarzewski in ihr Leben getreten, hat sich ihre Lebensgeschichte angehört und mit Hilfe von Helmut Donat eine beeindruckende Biografie von Luise Nordholt verfasst, zu der Bremens ehemaliger erster Bürgermeister Hans Koschnick ein Geleitwort beigesteuert hat. Prädikat: unbedingt lesenswert, auch außerhalb Bremens. ■ lopo



Tim Jesgarzewski: »Für Freundschaft, Solidarität und soziale Gerechtigkeit«, 192 S., Donat-Verlag, Bremen, 2011, 12,80 Euro



Bernd Lange, MdEP

Foto: Anette Gilke

»SOLIDARITÄT DER TAT«

Anlässlich des Europatages Anfang Mai hatte Bernd Lange zum europapolitischen Fröhschoppen »Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit mit Europa?« in das Künstlerhaus Hannover eingeladen – 100 Gäste kamen. Für spannende Impulse und eine lebhaft Diskussion sorgten Jutta Blankau, Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt aus Hamburg und Peter Scherrer, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes.

DREIKLANG DER NACHHALTIGKEIT

Für Jutta Blankau muss der Dreiklang der ökonomischen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit im Fokus der Politik stehen. In Hamburg sind viele Arbeitsplätze auf den Werften verloren gegangen, neue entstehen im Bereich der Windkraft. Allerdings haben die Werftarbeiter Tarifverträge. Das gilt nicht für die Beschäftigten der Windkraftindustrie. »Als Sozialdemokraten müssen wir darauf achten, dass sie sozialen Bedingungen stimmen – dies gilt auch bei der Vergabe von Fördermitteln«, forderte die Senatorin. Viele positive und weitreichende Umweltgesetzgebungen kommen aus der EU. Die EU setzt mit ihren Vorgaben für die EU 2020-Strategie ein klares Signal für Innovationen und Beschäftigung. Jedoch muss die soziale Schieflage ausgeglichen werden. ■



Peter Scherrer, Bernd Lange und Jutta Blankau.

Fotos (2): Daniel Brunkhorst



Begrüßung der Gäste bei strahlendem Sonnenschein: v.l.n.r. Axel Priebes, Wolfgang Jüttner, Bernd Lange, Stefan Schostok und Jutta Blankau.



Anfang Mai in Brüssel: Handels- und Industriekonferenz der europäischen Sozialdemokraten: Konferenzleiter Bernd Lange fordert, die Industrie- und Handelsstrategien der EU zusammenzuführen und dadurch Arbeitsplätze und nachhaltiges Wachstum zu schaffen. Einig waren sich Christian Klingler, VW Vorstandmitglied, und Judith Kirton-Darling vom Europäischen Metallgewerkschaftsbund in der Forderung, die Interessen der europäischen Industrie und ihrer Beschäftigten zum Ausgangspunkt zukünftiger Verhandlungen zu nehmen. EU-Kommissar Antonio Tajani unterstrich die Notwendigkeit, vor der Unterzeichnung von Freihandelsabkommen einen Test durchzuführen, um die möglichen Folgen für die EU-Industrie beurteilen zu können. Für die Sozialdemokraten gehören dazu auch die Aufnahme von Menschenrechten, Umwelt-, Sozial- und Arbeitsnormen in alle Freihandelsabkommen der EU. V.l.n.r. Judith Kirton-Darling, Christian Klingler, Bernd Lange, Kader Arif (MdEP)

Foto: Europäisches Parlament

Mehr über diese Veranstaltungen unter www.bernd-lange.de und Impressionen bei Flickr

INVESTITIONEN. GERECHTIGKEIT. SOLIDARITÄT.

»Wir müssen in Forschung und Entwicklung investieren«, forderte Peter Scherrer. Um beispielsweise nachhaltige, neue Technologie auszubauen, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren und die Recyclingrate deutlich zu erhöhen, brauchen wir mehr Investitionen. Wenn Merkel und Sarkozy Ländern wie Griechenland und Portugal überzogene Sparmaßnahmen verordnen, dann werden die Länder weiter abgehängt. Der Abstand wird größer und kann aus eigener Kraft nicht mehr aufgeholt werden. Vielmehr bedarf es europäischer Regelungen für den Finanzmarkt. Die Gewerkschaften fordern die Einführung der Finanztransaktionssteuer. ■

GEMEINSAM SOLIDARISCH WEITER

Bernd Lange erinnerte an die Worte des großen Europäers Robert Schumann, der von der »Solidarität der Tat« sprach. Die

europäische Einigung bedeutet über 60 Jahre Frieden und sozialen Zusammenhalt – deshalb muss es jetzt auch solidarisch weitergehen. »Um etwas aus der EU herauszubekommen, muss man natürlich auch auf allen Ebenen in die EU investieren.« Deshalb müssen wir in den Gewerkschaften und der SPD europäischer denken und handeln. ■



Welche Entscheidungen stehen an in Europa? Was bedeutet das für uns in Niedersachsen? Alle zwei Wochen Aktuelles im Newsletter »Europa-Info«.

HIER ANMELDEN:
www.bernd-lange.de/aktuell/europa-info

EIN LEBEN OHNE RUHESTAND

Zum Tode von Klaus-Peter Bruns

Von Lothar Pollähne

Daran wird sich die niedersächsische SPD gewöhnen müssen: Parteitage ohne Klaus-Peter Bruns. Der »aufrechte Sozialdemokrat«, wie ihn Klaus von der Brelie in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung zutreffend bezeichnete, ist am 12. Mai in Weende gestorben. Klaus-Peter Bruns war ein homo politicus, den es eigentlich nicht geben konnte: ein linker Landwirt, ein kritischer Geist, der gelegentlich gegen den Zeitgeist aufstand und der häufig seiner Zeit weit voraus war. Als viele Menschen innerhalb und außerhalb der SPD mit dem Begriff Ökologie wenig mehr verbanden als naturtümelnende Spinnerei, praktizierte Klaus-Peter Bruns auf der Domäne Reinhausen, die er 1960 gepachtet hatte, umweltbewusste Landwirtschaft.

Landwirtschaft hatte der gebürtige Krefelder nach dem Abitur von der Pike auf gelernt und bis zum Beginn des 2. Weltkrieges in Sachsen, Pommern und

im Südhannöverschen betrieben. Weil er auch in den Jahren des Nazi-Terrors mit seiner Meinung nicht hinterm Berg hielt, kam Klaus-Peter Bruns 1944 in Gestapo-Haft. Nach der Befreiung vom Faschismus widmete er sich zunächst wieder der Landwirtschaft und mischte sich alsbald politisch ein. Schon 1952 wurde er Ratsherr in Reinhausen, von 1954 bis 1981 wirkte er dort als Bürgermeister. 42 Jahre lang war Klaus-Peter Bruns im Göttinger Kreistag aktiv, etliche Jahre davon als Landrat.

Als er 1990 nach 37 Jahren aus dem Niedersächsischen Landtag ausschied, in denen er von 1970 bis 1976 als Landwirtschaftsminister wirkte, hatte er noch lange nicht die Nase voll von der Politik. Klaus-Peter Bruns konnte und wollte nicht ohne politische Einmischung leben. Als er zum 92. Geburtstag eine Ruhebänk geschenkt bekam, soll er unüberhörbar geschmunzelt haben. Am



Gerhard Schröder im Gespräch mit Klaus-Peter Bruns.
Foto: Lopo

28. November wäre Klaus-Peter Bruns 98 Jahre alt geworden. Nun ist er endgültig zur Ruhe gekommen. Die niedersächsische SPD verneigt sich und dankt. ■

VORWÄRTS
RÄTSEL

Darauf hatten deutsche Fans jahrelang warten müssen: den Anblick der leibhaftigen Fab Four. Am 23. Juni 1966 war es endlich so weit. Die Beatles ließen sich von tausenden Fans vor dem Hotel Bayerischer Hof in München feiern. Monate lang hatte es Gerüchte über eine Tournee der »zentralen Tanzschaffe« aus Liverpool gegeben. Am 25. April 1966 gab es dann Gewissheit. Die BRAVO-Beatles-Blitztournee führte von München über Essen nach Hamburg. Auch Berlin war immer wieder ins Gespräch gebracht worden. BRAVO veranstaltete ein gewaltiges Publicity-Gewitter, suchte Doppelgänger der Fab Four und initiierte ein Beatles-Blitz-Quiz, an dem sich 200.000 junge Menschen beteiligten in der Hoffnung, eine von 100 Karten zu ergattern. Die kosteten im regulären Verkauf zwischen 10 und 25 DM. Lange war spekuliert worden, welche Songs die Beatles im Gepäck haben würden. BRAVO kündigte »einen Koffer neuer Hits« an, aber es waren überwiegend Klassiker. Nur ein Song war neu, und den konnte die Band während des Konzerts in Essen als neue Nummer 1 in den USA präsentieren. Die Band war mit dem Sonderzug nach Essen gefahren, den schon die Queen ein Jahr zuvor benutzt hatte. »Das war sehr nett«, erklärte George Harrison rückblickend: »jeder hatte ein kleines Abteil mit Marmorwanne, wirklich luxuriös.« Kein Wunder. Die Zugfahrt kostete 22.000 DM. Wie heißt der Nr. 1 Hit der Beatles vom Juni 1966? Zu gewinnen gibt es eine CD mit dem gesuchten Hit. ■ *lopo*
Die Lösung bitte an den vorwärts, Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover

Im Mai war Teddy Kollek gesucht. Gewonnen hat Thomas Lukaszuk aus Celle.

»WIR WOLLEN DIE ABKEHR VOM NEOLIBERALEN KURS«

Vorwärts-Interview mit Detlef Ahting, neuer Landesleiter der Gewerkschaft ver.di in Niedersachsen und Bremen

Vorwärts: Herzlichen Glückwunsch zum neuen Amt. Welche Ziele hast Du Dir als Landeschef von ver.di gesetzt?

Detlef Ahting: Obenan steht eine gute Mitgliederentwicklung für ver.di, die unsere Durchsetzungskraft stärkt. Das wichtigste gesellschaftliche Ziel ist ein Politikwechsel im Interesse der Arbeitnehmer. Wir wollen eine Abkehr vom neoliberalen Kurs, es muss in dieser Gesellschaft wieder gerechter zugehen. Wir wissen, dass diese Ziele nicht kurzfristig zu erreichen sind und wir werden das nicht alleine schaffen. Deshalb brauchen wir Bündnispartner in der Politik, bei den Verbänden und Institutionen, bei all denjenigen, die mit uns für eine sozial gerechtere, für eine demokratische Gesellschaft eintreten.

Vorwärts: Mit Blick auf die Kommunalwahlen in Niedersachsen hast Du angekündigt, dass sich ver.di »mit eigenen Forderungen in die Politik einmischen« wird. Welche Forderungen sind das? Welche Positionen erwartest Du von der SPD bei den Kommunalwahlen?

Detlef Ahting: Lebenswerte Kommunen brauchen eine verlässliche finanzielle Basis, ihr finanzieller Handlungsspielraum muss wieder erweitert werden. Das wird nicht ohne grundsätzliche Änderungen in der Steuer- und Finanzpolitik gehen. Hier ist ein Kurswechsel angesagt! Darum haben wir im Herbst letzten Jahres mit Bürgermeistern und Landräten aus Niedersachsen einen finanziellen Rettungsschirm für die Kommunen gefordert.

Ich erwarte aber von allen Parteien – auch von der SPD – dass es eine einheitliche politische Linie in den Kommunen, auf Landes- und Bundesebene gibt. Es kann nicht sein, dass Kommunalpolitiker, Landtags- und Bundestagsabgeordnete ein und derselben Partei sich gegenseitig die Schuld für die Finanzmisere in die Schuhe schieben.

Zu den Kommunalwahlen in Niedersachsen haben wir ein umfangreiches Positionspapier beschlossen. Wir wollen öffentliche Dienstleistungen ausbauen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales. Mehr Kitas, Horte und Familienzentren fördern nicht nur die Chancengleichheit unserer Kinder, sondern bieten auch bessere Chancen für die berufstätigen Eltern.

Vorwärts: ver.di ist gegen eine »Schuldenbremse« in der niedersächsischen Landesverfassung. Wieso?

Detlef Ahting: Die »Schuldenbremse« ist nichts anderes als eine Wachstumsbremse, das bestätigen auch alle wissenschaftlichen Experten. Warum soll man diesen Murks auch noch in der Landes-



Detlef Ahting,
ver.di-Landesleiter Niedersachsen und Bremen

verfassung festschreiben, die dann wieder nur mit zwei Drittel der Stimmen geändert werden kann? Was die staatlichen Haushalte angeht, haben wir ja kein Ausgabenproblem – auch wenn viele konservative Politiker uns das einreden wollen – sondern wir haben ein Einnahmeproblem.

Bereits seit der rot-grünen Agenda-Politik verzichtet der Staat auf jährliche Steuereinnahmen in Milliardenhöhe. Deshalb brauchen wir dringend eine andere Finanzpolitik. Dies betrifft sowohl die Vermögens- und Erbschaftssteuer, die Finanztransaktionssteuer als auch den Spitzensteuersatz und die Einführung einer kommunalen Wirtschaftssteuer. Starke Schultern können mehr tragen als schwache.

Vorwärts: Der DGB hat Zahlen vorgelegt, nach denen die prekären Beschäftigungsverhältnisse in Niedersachsen zunehmen und immer mehr Menschen ihren Lohn »aufstocken« müssen. Angesichts sinkender Arbeitslosigkeit scheint das aber kein gesellschaftliches Aufgreifthema zu sein. Hat sich die Sichtwei-

se durchgesetzt, »sozial ist, was Arbeit schafft«?

Detlef Ahting: Das würden einige gerne hören, ich aber sage, sozial ist nur, was gute Arbeit schafft. Dazu gehören bessere und gesunde Arbeitsbedingungen und ein Einkommen, von dem man leben kann. Darum fordern wir einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. In Niedersachsen arbeiten eine halbe Million Menschen für weniger als 8,50 Euro die Stunde – diese Armutslöhne sind ein Skandal.

Über 130.000 Beschäftigte erhalten Aufstockerleistungen, obwohl sie Arbeit haben. Dies sind in Niedersachsen jährlich 1,1 Milliarden Euro, die wir Steuerzahler zur Subventionierung von Niedriglöhnen bezahlen. Davon entfallen 310 Millionen Euro im Jahr allein auf die Kommunen.

Und Niedersachsen erreicht in diesem Jahr die Rekordzahl von 100.000 Leiharbeitern, vielfach schlechter bezahlt. Diese Form des modernen Sklaventums muss wieder begrenzt werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort vom ersten Tag an muss das Ziel sein. In keiner guten Arbeit sind über eine halbe Million Menschen in Niedersachsen, die ausschließlich geringfügig arbeiten dürfen. Überwiegend sind das Frauen – und zwei Drittel von ihnen möchten gerne länger arbeiten.

Vorwärts: Welche Maßnahmen müssen aus ver.di-Sicht ergriffen werden, um diesen Trend umzukehren?

Detlef Ahting: Wie bereits gesagt, wir brauchen einen Politikwechsel auf allen Ebenen und in allen Bereichen. Die internationalen Finanzmärkte müssen endlich reguliert werden. Wir brauchen eine Wende in der Verteilungspolitik. In den vergangenen Jahren neoliberaler Politik wurde von unten nach oben umverteilt, das müssen wir umkehren. Deshalb sagen wir: Gerechtere geht anders! Um die Arbeitslosigkeit abzubauen müssen wir alle arbeitszeitpolitischen Maßnahmen in Tarifverträgen und per Gesetz nutzen.

Der Ausstieg aus der Atomkraft und die notwendige Energiewende können wir nur gemeinsam mit den Beschäftigten der Atomkraftwerke und im Bereich der erneuerbaren Energie bewältigen. Klar ist dabei, dass wir den schnellstmöglichen Ausstieg einschließlich einer Lösung für die Endlager nur in einem breiten gesellschaftlichen Konsens erreichen. ■ *Schums*